

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen unserer Berichterstattung zu "Systematischer Entzug des rechtlichen Gehörs, unbefugte Aktenführung und Registermanipulation am Familiengericht Kreuzberg (Abt. 164 F)" bitten wir um eine Stellungnahme.

Unser Zeichen: SP-PR-INDERBOXER

Bitte geben Sie dieses Zeichen bei Ihrer Antwort sowohl im Betreff als auch im Nachrichtentext an.

Bezug: Beitrag vom 26.06.2026

PRESSEANFRAGE: Systematischer Entzug des rechtlichen Gehörs, unbefugte Aktenführung und Registermanipulation am Familiengericht Kreuzberg (Abt. 164 F)

An: Pressestelle der Berliner Zivilgerichte / Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Von: Christian Reimer, Freier Journalist (DVFJ, Ausweis-Nr. DE 765671343) / Redaktion
§entinel-Portal.com

Datum: 28. Juni 2026

Sehr geehrte Damen und Herren der Pressestelle,

für das Nachrichten- und LegalTech-Portal §entinel-Portal.com recherchiere ich zu massiven strukturellen und prozessualen Missständen am Familiengericht Kreuzberg, speziell in der Abteilung 164 F sowie der Ablehnungsabteilung (Abt. 37). Uns liegt ein umfassend dokumentierter Fall vor, der den dringenden Verdacht auf Urkundenunterdrückung, willkürliche Vergabe von Verfahrenskostenhilfe (VKH) und bewusste Verfahrenverschleppung durch das Ignorieren zwingender ZPO-Vorschriften begründet.

Da das Gericht auf Dienstaufsichtsbeschwerden sowie den Austausch mit der Senatsverwaltung für Justiz mit faktischer Verfahrenseinstellung durch "Schweigen" reagiert, bitte ich Sie aus presserechtlichen Gründen um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Missachtung von § 47 ZPO und Ignorieren von Notanwalts-Anträgen:

Im Verfahren Az. 164 F 10595/25 wurde am 23.05.2026 ein 4. Befangenheitsantrag gegen die zuständige Richterin eingereicht. Hilfsweise wurde ein Antrag auf Bestellung eines Notanwalts gemäß § 78b ZPO gestellt, da reguläre Fachanwälte das Mandat aufgrund der unlogischen gerichtlichen Aktenführung ablehnen.

Wie rechtfertigt das Gericht, dass auf diese Anträge seit Wochen keinerlei Reaktion erfolgt und ein offiziell angesetzter 5. Verhandlungstermin faktisch durch "Ghosting" der Beteiligten nicht stattfindet?

Ist es gängige Praxis am AG Kreuzberg, Anträge auf gerichtliche Notanwälte schlichtweg zu ignorieren, wenn die Verwirrung in den Akten durch das Gericht selbst verursacht wurde?

2. Das "VKH-Würfeln" und prozessuale Inkompatibilität:

Uns liegen Nachweise vor, dass im genannten Verfahren am 11.08.2025 ein Härtefallscheidungsantrag initiiert wurde. Die als Grundlage dienende anwaltliche Vollmacht datiert jedoch auf den 10.06.2025 und berechtigt explizit nur zu einem regulären Scheidungsverfahren (vor Ablauf des Trennungsjahres). Ein zeitlich vorrangiger Annullierungsantrag der Gegenpartei vom 04.08.2025 wurde vom Gericht komplett ignoriert. Mit einer Ladung vom 21.05.2026 wurde das Verfahren zudem plötzlich und ohne rechtlichen Beschluss das 5. mal wieder als reguläres Verfahren "wg. Scheidung" titulierte.

Nach welchen gesetzlichen Maßstäben bewilligt das AG Kreuzberg aus Steuermitteln Verfahrenskostenhilfe für Härtefallanträge, wenn die anwaltlichen Vollmachten chronologisch und inhaltlich gar nicht zu diesem Verfahren passen und der Antragsgegner Fristgerecht gegen diese und auch das Verfahren selbst widersprochen hat?

Wie können Rechtsanwälte ohne Nachweis der Vertretungsmacht in diversen "fremden" Gerichtsakten der Abteilung 164 F auftreten und Anträge stellen, ohne dass das Gericht dies unterbindet?

3. Unerklärliche Lücken im Allgemeinen Register (Ablehnungsabteilung):

Bei der Erfassung eines gebündelten Befangenheitsantrags gegen die genannte Richterin wurden durch die Geschäftsstelle der Ablehnungsabteilung fortlaufende AR-Nummern vergeben. Dokumentiert sind die Beschlüsse der Richterin Klösger zu den Aktenzeichen 37 AR 91/25, 37 AR 92/25 sowie 37 AR 96/25 und 37 AR 97/25.

Wie erklärt die Gerichtsverwaltung das spurlose Verschwinden der Aktenzeichen 37 AR 93/25, 37 AR 94/25 und 37 AR 95/25 exakt aus der Mitte dieser Zählkette?

Werden im Amtsgericht Kreuzberg Registerzeichen manipuliert oder im Hintergrund unbemerkte Schattenverfahren geführt, um vollmachtloses Handeln von Anwälten zu vertuschen?

Es liegen zudem weitere brisante Nachweise zu verschickten Schreiben der Abteilung 164 F mit dem Wochenend-Datum 30.08.2025 und 31.08.2025, mit fragwürdiger Rechtsberatung der Richterin gegen den Antragsgegner gerichtet, sowie zerfetzte Pakete, aber auch offene Briefe vor. Alle Dokumente können der Pressestelle Digital zur Verfügung gestellt werden.

Ich weise darauf hin, dass die Beantwortung dieser Fragen in eine umfassende Berichterstattung auf [Sentinel-Portal.com](https://sentinel-portal.com) sowie in die Vorbereitung einer Amtshaftungsklage gegen das Land Berlin einfließen wird.

Ich bitte um Ihre detaillierte Stellungnahme bis zum 03. Juli 2026, 12:00 Uhr.

Mit freundlichen Grüßen,

Christian Reimer

Freier Journalist (DVFJ)

Redaktion [Sentinel-Portal.com](https://sentinel-portal.com)

Journalist Reimer